

Die Kontroverse

Im Jahr 2002 trat unter einer rot-grünen Regierung zum ersten Mal in der Geschichte Deutschlands ein eigenständiges Prostitutionsgesetz in Kraft, das sexuelle Handlungen gegen Entgelt aus der „Sittenwidrigkeit“ entließ, diese zu einem regulären Rechtsgeschäft machte und Zugang zur Sozialversicherung einräumte. Das neue Gesetz rief sofort Widerstand hervor, vor allem aus den Reihen der CDU/CSU, aber auch aus feministischer Richtung, und es entzündete sich eine außerordentlich polarisierte gesellschaftliche Diskussion zur Verschärfung oder Verbesserung des Prostitutionsgesetzes.

Alice Schwarzer, Herausgeberin der feministischen Zeitschrift *Emma*, heizte Ende 2013 die Debatte mit einem „Appell gegen Prostitution“ an. Für Schwarzer ist Prostitution wegen dieses Gesetzes „ein deutscher Skandal“¹ und „die Prostitution das Ende einer langen Kette, in der Männer glauben, das Recht zu haben, Frauen missbrauchen bzw. (ver)kaufen zu können“.² Deshalb lautet ihre Hauptforderung, die männlichen Kunden (Freier) wie in Schweden zu bestrafen.

Aus der Sexindustrie folgte ein „Appell FÜR Prostitution“, in dem auch die berufliche Qualifizierung in der Prostitution gefordert wurde.³ Der Berufsverband erotische und sexuelle Dienstleistungen e. V. meint, Prostitution sei ein Beruf wie jeder andere. Die Prostituiertenorganisation Doña Carmen erklärt: „Prostitution ist ein Menschenrecht.“⁴

Amnesty International (AI) ist gespalten: Auf ihrer internationalen Konferenz fasste die Organisation im August 2015 einen Beschluss zur Entkriminalisierung von Prostitution zum Schutz der Sexarbeiterinnen

1 Schwarzer, Alice, Prostitution – ein deutscher Skandal, Köln 2013. Schwarzer, Alice, „Eine Welt ohne Prostitution?“, November 2013.

2 Schwarzer, Prostitution, 2013, S. 10.

3 Berufsverband erotische und sexuelle Dienstleistungen (BesD), „Appell FÜR Prostitution“.

4 Doña Carmen e. V., Prostitution ist ein Menschenrecht“, 13. 2. 2006.

und -arbeiter. Es folgte ein Aufschrei der französischen und skandinavischen Sektion von AI mit der Forderung, dem „nordischen Modell“ der Bestrafung von Freiern⁵ zu folgen.

Mitglieder der Partei Die Linke haben den einen oder anderen Appell unterzeichnet. Von Aktivistinnen und Aktivistinnen innerhalb und außerhalb der Partei gibt es seit Ende 2015 den Aufruf „Linke für eine Welt ohne Prostitution!“, in dem das „nordische Modell“ gefordert wird, während die Bundestagsfraktion gegen Repression und für „Selbstbestimmung“ in der Sexarbeit eintritt.⁶

Eine Mittelposition vertritt der Runde Tisch Prostitution der Landesregierung Nordrhein-Westfalen⁷, der erklärt, „Prostitution ist kein Beruf wie jeder andere“. Gleichzeitig hat er nach Lösungen gesucht, damit Prostituierte ihrer Arbeit unter „rechtsstaatlichen und menschenwürdigen Bedingungen“ nachgehen können.

Sozialistinnen und Sozialisten kann es nicht um eine moralische Verurteilung von Prostituierten gehen, sondern darum zu verstehen, was für ein Verhältnis sich in der Prostitution ausdrückt und wie eine Antwort auf diese Kontroverse aussehen kann. Der Marxismus bietet bis heute ein wichtiges Instrumentarium dafür.

Wir wollen in dieser Broschüre zeigen, dass die Kriminalisierung von Prostitution keine Antwort auf Frauenunterdrückung bietet, sondern die Lage der Betroffenen verschlechtert. Gleichzeitig kann Prostitution nicht als ein „Beruf wie jeder andere“ begriffen werden. Prostitution ist

⁵ Nachdem Norwegen im Jahr 2009 dem „schwedischen Modell“ der Freierbestrafung folgte, ist von dem „nordischen Modell“ die Rede.

⁶ Aufruf „Linke für eine Welt ohne Prostitution“, 2015. Deutscher Bundestag, „Selbstbestimmungsrechte von Sexarbeiterinnen und Sexarbeitern stärken“, Drucksache 17/7236, 12. 1. 2016.

⁷ Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.), Der Runde Tisch Prostitution Nordrhein-Westfalen (weiterhin als RT NRW zitiert), Abschlussbericht: Auftrag, Herausforderungen und Ergebnisse, Düsseldorf, 8. 10. 2014 (im Weiteren zitiert als RT NRW). Der Runde Tisch wurde im Jahr 2010 aufgrund einer Koalitionsvereinbarung von SPD und Grünen ins Leben gerufen. Die über 70 Teilnehmenden kamen aus Politik, Wissenschaft und Praxis.

in allen Klassengesellschaften, also auch im Kapitalismus, von der Unterdrückung der Frau und entfremdeter Sexualität nicht zu trennen und wird deshalb erst mit der Beseitigung der Klassengesellschaft verschwinden.